

## Amt Brück - Der Amtsdirektor -

Eingang im Sitzungsbüro:

Beschluss-Nr.: Br-30-465/18

Aktenzeichen:

Amt: Bauen und Ordnung

Datum: 19.09.2018

Version: 1

zu behandeln in:

öffentlicher Sitzung

nicht öffentl. Sitzung

X

Betreff: Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan "Wohngebiet Thomas-Müntzer-Straße"

**Kurzinfo zum Beschluss****Finanzielle Auswirkungen: Nein**

Gesamtkosten: € Jährliche Folgekosten: €

Finanzierung Objektbezogene  
Eigenanteil: € Einnahmen: €

Haushaltsbelastung: €

Veranschlagung: Nein mit €

Produktkonto: FinanzH: ErgebnisH:

**geprüft und bestätigt:**\_\_\_\_\_  
Unterschrift Kämmerer**geprüft und bestätigt:**\_\_\_\_\_  
Amtsleiter\_\_\_\_\_  
Amtsdirektor

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen
AISrE	1						
SVV	1						

☐ Weitere Beratungsfolgen auf der 2. Seite
**Unterschrift / Datum:**\_\_\_\_\_  
Vorsitzender der SVV

Beschluss-Nr.: Br-30-465/18
-----------------------------

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen

**Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung Brück beschließt:

1. Für die Flurstücke 355/2, 356/2, 357/2, 358/2, 359/2, 953 und 954 der Flur 3 in der Gemarkung Brück wird ein Bebauungsplan aufgestellt.
2. Der Bebauungsplan trägt die Bezeichnung "Wohngebiet Thomas-Müntzer-Straße".
3. Das Verfahren wird entsprechend § 13 a BauGB durchgeführt. Auf die Durchführung einer Umweltprüfung sowie die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange wird verzichtet.
4. Planungsziel ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Wohngebäuden innerhalb des Siedlungsgebietes.
5. Zur Durchführung wird ein städtebaulicher Vertrag mit einem Vorhabenträger geschlossen. Der Stadt entstehen keine Kosten.
6. Der Beschluss wird gemäß Hauptsatzung der Stadt Brück bekannt gemacht.

**Bemerkung:**

Auf Grund des " 22 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg haben folgende Stadtverordnete weder an der Beratung, noch an der Abstimmung teilgenommen:

\_\_\_\_\_  
Unterschrift / Datum:

\_\_\_\_\_  
Vorsitzender der SVV

**Begründung**

Der Vorhabenträger beabsichtigt die Errichtung eines Wohngebäudes auf den Flurstücken 953 und 954. Die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Zulässigkeit des Vorhabens können nur durch einen Bebauungsplan hergestellt werden. Die Planung kann sich jedoch nicht nur auf die Flurstücke 953 und 954 beschränken, da sich bodenrechtliche Spannungen aus einer solchen Planung ergäben. Diese sind im Rahmen des B-Plans zu behandeln und für die angrenzenden Flurstücke müssen entsprechende Festsetzungen getroffen werden.

Ein Änderungsverfahren für den Flächennutzungsplan ist bei vereinfachten Bebauungsplänen nicht notwendig. Die geänderte planungsrechtliche Situation ist im Rahmen einer Korrektur in den FNP aufzunehmen.